A21 Übertragung des Konfliktes zwischen der Regierung Erdogan und den Kurden auf Deutschland vermeiden, Gespräche und Annäherung unterstützen

Antragsteller*in:	Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Dany Greulich (KV Nordfriesland), Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Luca Brunch (KV Kiel), Christoph Krieger (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	3 Anträge
Status:	Zurückgezogen

Auf Landesebene wollen wir uns dafür einsetzen, der kurdischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein eine Stimme zu geben, indem wir die Gründung kurdischer Kulturvereine unterstützen und beratend bei der Selbstorganisation der kurdischen Gemeinden zur Seite stehen. Kurdische Organisationen sind für uns ein ebenso willkommener Ansprechpartner wie die türkischen Vereine und Gemeinden, um Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt herauszuarbeiten und auf Landesebene zu unterstützen. Wir sehen dies auch als notwendig um ein Übergreifen des Kurdisch-Türkischen Konfliktes auf Deutschland und Schleswig-Holstein zu vermeiden. Tätliche Übergriffe wollen wirdurch eine Förderung des Dialoges Deutsch-Kurdischer und Deutsch-Türkischer Organisationen verhindern. Wir fordern die in Deutschland lebenden Kurden auf, trotz des Mordens in Afrin in ihrem Protest gewaltfrei zu bleiben!

Als eine Partei die aus der Friedensbewegung entstanden ist, sind wir dem friedlichen Dialog verpflichtet. Wir werden uns deshalb innerhalb der Landesregierung dafür einsetzen, dass eine Begegnung zwischen türkeinahen Organisationen wie bspw. der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein und kurdischen Gruppen gefördert wird. Eine humanitäre Unterstützung für die kurdische Zivilbevölkerung in Afrin durch Deutsch-Türkische Einrichtungen wäre hierfür ein wünschenswertes Signal.
In Hotspots identitärer Konflikte sollen Zentren für demokratische Kultur eingerichtet werden. Diese können die erwähnte Begegnungsarbeit koordinieren und verstetigen, sie sollen zudem Grundprinzipien selbstbestimmter, demokratischer Kultur vermitteln und erlebbar werden lassen. Dies gilt nicht nur mit Bezug auf den kurdisch-türkischen Konflikt, sondern kann auch für Flüchtlinge und Migranten aus Ländern ohne demokratische Kultur hilfreich sein und rechte Ressentiments abbauen. Wir schlagen vor, diese Zentren unter die Verantwortung des Landesbeauftragten für politische Bildung zu stellen.